

Deutscher Schiffe-Hafen AG
PO-Box 112049223 B

Verfahrensbekanntmachung - Personalauswahlverfahren

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/17/EG

Abschnitt I: Auftraggeber

1.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

Ein Kauf / Einkauf für Liefer- und Dienstleistungen, Gebäude B027 - Raum 50, Flughafen Berlin-Schönefeld

Kontaktstelle(n): Allgemeine Vergabe

Zu Händen von: Kathleen Warweitzki

12521 Berlin

DEUTSCHLAND

E-Mail: einkauf@berlin-airport.de

Fax: +49 30609170641

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des Auftraggebers: www.berlin-airport.de

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für ein dynamisches

Beschaffungssystem) verschicken: die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

1.2) Haupttätigkeit(en)

Flughafenanlagen

1.3) Auftragsvergabe im Auftrag anderer Auftraggeber

Der Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Winterdienstleistungen im Sicherheitsbereich für den Flughafen Berlin Tegel TXL.

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr.16: Abfall- und Abwasserbeseitigung, sanitäre und ähnliche Dienstleistungen

NUTS-Code DE424

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen

Beschaffungssystem (DBS)

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

12/06/2013 S112 Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag - 1/13

http://ted.europa.eu/TEU Auftragsbekanntmachung - Verbandsverfahren

Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union

Dienstag, 20. November 2013
10:13:58

Auftragsbezeichnung: Beschaffung von Ausrüstungsskaloren

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/17/EG

Abschnitt II: Auftraggeber

1.1) **Name, Adressen und Kontaktstellen:**

Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

Einkauf / Einkauf für Liefer- und Dienstleistungen, Gebäude B027 - Raum 50, Flughafen Berlin-Schönefeld

Kontaktstelle(n): Allgemeine Vergabe

Zu Händen von: Kathleen Warweitzki

12521 Berlin

DEUTSCHLAND

E-Mail: einkauf@berlin-airport.de

Fax: +49 30609170641

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des Auftraggebers: www.berlin-airport.de

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für ein dynamisches

Beschaffungssystem) verschicken: die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

1.2) **Haupttätigkeiten)**

Flughafenanlagen

1.3) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer Auftraggeber**

Der Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:**

Winterdienstleistungen im Sicherheitsbereich für den Flughafen Berlin Tegel TXL.

II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr. 16: Abfall- und Abwassertätigkeit, sanitäre und ähnliche Dienstleistungen

NUTS-Code DE424

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen**

Beschaffungssystem (DBS)

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

12/06/2013 S112

<http://ted.europa.eu/TEd>

Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag -

Auftragsbekanntmachung - Verwaltungsverfahren

Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union

1/13

Der Auftraggeber ist für die Bereitstellung der notwendigen Informationen für die Ausführung des Auftrags verantwortlich. Die Informationen sind in der Ausschreibung zu finden. Der Auftraggeber ist für die Bereitstellung der notwendigen Informationen für die Ausführung des Auftrags verantwortlich. Die Informationen sind in der Ausschreibung zu finden.

Die vom Dienstleister einzusetzenden Maschinen, bzw. Fernsteuerer und Geräte, die auf Geh- und Radwegen eingesetzt werden, dürfen ein zulässiges Gesamtgewicht von max. 27 kg nicht überschreiten.

II.1.5) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
90620000, 90630000

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): nein

II.1.8) **Angaben zu den Lösen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**
Flächenangaben:

- ca. 112.000 m² Straße, Fahrbahn;
- ca. 31.500 m² Plätze;
- ca. 3.000 m² Stellplätze/Parkflächen;
- ca. 5.500 m² Gehwege.

II.2.2) **Angaben zu Optionen**
Optionen: ja

Beschreibung der Optionen: Der AG behält sich eine optionale Verlängerung um ein Jahr nach dem Ende der anfänglichen Laufzeit. Bzw. bis zur Schließung des Flughafens Tegel TXL vor. Die etwaige Ausübung der Option wird durch den AG spätestens drei Monate vor dem Ende der anfänglichen Laufzeit dem AN schriftlich übermittelt werden. Der AN hat keinen Anspruch auf einen Abbruch der optionalen Leistungen und kann bei einer nicht erfolgten Weiterbeauftragung auch keine weitergehenden Ansprüche geltend machen.

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**
Beginn 1.11.2013 Abschluss 31.3.2014

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

12/06/2013 S112
<http://ted.europa.eu/TEd>

Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag -
Auftragsbekanntmachung - Verhandlungsverfahren
Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union

2/13

Bewerbandel für den Auftrag
zur Durchführung der Arbeiten zur
Anwesenheit Finanzierungs- und Anwesenheitsleistungen und der Service sowie die vollständige
Voraussetzung:
gemäß Vergabeunterlagen

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaften, in die der Auftrag vergeben wird:

- Gesellschaft bürgerlichen Rechts, oder der die Mitglieder gesamtverantwortlich haben und einen bevollmächtigten Vertreter bestellen, Vorzüge dieser Gemeinschaften müssen dem „Teilnahmeantrag“ als Bietergemeinschaft einreichen.
 - Zum Nachweis des Vorliegens einer Bietergemeinschaft muss eine ausdrückliche Erklärung der Bietergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag eingereicht werden, in welchem die Mitglieder der Bietergemeinschaft benannt werden sowie desjenigen Mitglied der Bietergemeinschaft, welches die Bietergemeinschaft im vorliegenden Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber rechtlich vertreten vertritt. Diese Erklärung ist durch eine Mitglieder der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.
 - Für den Teilnahmeantrag von Bietergemeinschaften stellt die Vergabestelle ein Formular „Teilnahmeantrag inklusive Bietergemeinschaftserklärung“ (Formular Nr. 1a) auf ihrer Internetseite <https://secure.berlin-airport.de/vergabe> extern zur Verfügung, das von Bietergemeinschaften genutzt werden soll.
- Der Teilnahmeantrag ist entweder von allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft oder dem bevollmächtigten Vertreter zu unterzeichnen.
- Im Übrigen wird auf die Festlegungen in Ziff. VI.1.3) verwiesen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

- Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja
- Darlegung der besonderen Bedingungen: Der Dienstleister muss zur Ausführung im Leistungszeitraum folgende Voraussetzungen erfüllen:
- a) Das einzusetzende Personal muss zu Beginn des Leistungszeitraums gemäß § 7 LuftsIG erfolgreich sicherheitsüberprüft sein.
 - b) Das einzusetzende Fahrpersonal muss zu Beginn des Leistungszeitraums über einen gültigen Führerschein verfügen und die Flughafenerfahrensprüfung erfolgreich abgelegt haben.
 - c) Das einzusetzende Personal muss schrifttauglich und für Nacharbeit einsetzbar sein.
 - d) Das einzusetzende Personal muss über gute (mündliche) Deutschkenntnisse verfügen.
 - e) Vorlage einer Betriebshaftpflichtversicherung bei Auftragsbeginn mit einer Deckung von mindestens 6 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden innerhalb des Sicherheitsbereiches, mindestens 2 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden außerhalb des Sicherheitsbereiches, incl. in beiden Fällen 500.000 EUR für Vermögensschäden. Sofern der Auftragnehmer eine Fahrgenahmung in Sicherheitsbereich zur Leistungserbringung benötigt, hat er hierfür eine Deckungssumme für die Kfz-Haftpflichtversicherung in Höhe von 100 Mio. EUR vorzulegen, bzw. abzuschließen.
 - f) Die vom Dienstleister eingesetzten Maschinen und Geräte müssen dem Einsatzzweck entsprechen und für die Größe und Art der Flächen (Vorfeldflächen, 2-spurige Straßen, Gehwege, Parkplätze) geeignet/angemessen sein. Maschinen und Geräte dürfen nur in einem technisch einwandfreien und sauberen Zustand eingesetzt werden.
 - g) Das vom Dienstleister einzusetzende Personal muss zu Beginn des Leistungszeitraums zu den für die Leistungserbringung notwendigen Flughafenspezifischen Weisungen, Regelungen, Schnittstellen und Besonderheiten unterwiesen sein. Diese Unterweisung wird vom Auftraggeber durchgeführt.

4.2) Teilnachbewerbungen

Personliche Angaben des Antragstellers/Teilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Einbringung in einem Berufs- oder Handwerksverwe

Angaben sind Form und Inhalt des Antrags sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen. Die nachstehenden Angaben sind vorzulegen und Nachweise sind von den Bewerbern bzw. jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angaben ist nicht ausreichend. Ausländischen Bewerber/Bewerbergemeinschaften wird die Vorlage vergleichbarer Nachweise gestattet, bei Gleichwertigkeitshinweis ist für die Bewerbung vorzulegen.

1. Aktueller Auszug aus dem Handelsregister oder eine Kopie desselben (der Auszug soll zum Zeitpunkt des Fristenendes für den Teilnahmeantrag nicht älter als 6 Monate sein).

2. Schriftliche Erklärungen folgender Inhalts und Wortlautes:

a) Ich/wir erklären, dass eine Person deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nicht rechtskräftig wegen Verstoßes gegen eine der in § 21 Abs. 1 Nr. 1-7 SektVO genannten Bestimmungen verurteilt worden ist.

b) Ich/wir erklären, dass über unser Vermögen kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet (§§ 21 Abs. 4 Nr. 1 und 2 SektVO).

c) Ich/wir erklären, dass wir unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß nachkommen (§ 21 Abs. 4 Nr. 3 SektVO);

d) dass ich/wir im Vergabeverfahren nicht vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf meine/unsere Eignung abgegeben haben und diese Auskünfte nicht unberechtigt nicht erteilen werden. (§ 21 Abs. 4 Nr. 4 SektVO);

e) dass ich/wir keine nachweislich schwere Verfehlung begangen haben, die meine/unsere Zuverlässigkeit oder einer Person, die nach § 21 Abs. 2 SektVO für das Unternehmen verantwortlich handelt, in Frage stellt. (§ 21 Abs. 4 Nr. 5 SektVO);

f) dass keine Umstände vorliegen, die einen Ausschluss vom Wettbewerb nach § 21 Abs. 1 SektVO rechtfertigen.

g) Ich/wir erklären, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) und nach § 21 Abs. 1 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht vorliegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die erforderliche Zuverlässigkeit nach § 21 Abs. 4 Nr. 5 SektVO in Frage gestellt wird, wenn der Bewerber/Bieter bzw. das vertretungsberechtigte Organ oder der vertretungsberechtigte Gesellschafter des Bewerbers/Bietlers nach dem SchwarzArbG oder AEntG mit einer Geldbuße, Geldstrafe oder Freiheitsstrafe belegt worden ist. Ich/wir versichern, dass solche Strafen oder Bußen während der letzten zwei Jahre gegen mich/uns nicht verhängt worden sind.

h) Ich / wir erklären, dass die Anmeldung bei der Berufsgenossenschaft vorliegt.

3. Der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft kann sich zum Nachweis seiner/ihrer wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen Leistungsfähigkeit (Eignung) der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Dritter/ Nachunternehmer/konzernverbundenes Unternehmen; im Folgenden: Dritte) bedienen, ungeschadet des rechtlichen Charakters zwischen ihm/ihr und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Bewerbergemeinschaften haben in der Bewerbergemeinschaftserklärung (vgl. Ziff. III.1.3) (Formular 1a), als Anlage zur Bewerbergemeinschaftserklärung eine schriftliche Erklärung folgenden Inhalts vorzulegen:

Die bei der Vergabe der Aufträge zu berücksichtigenden Referenzleistungen sind im Wesentlichen folgende:

1.2.2.2. Technische Leistungsstufungen

Angaben und Formblätter des VOB sind für die Erfüllung der Aufträge zu berücksichtigen. Die nachstehenden Angaben sind Bestandteil des Leistungsvertrags und von den Bewerbern zu berücksichtigen.

1. Angaben zu ausgeführten Referenzleistungen, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen für das Aufgabenspektrum der Aufträge vergleichbar sind, und die ausschließlich Projekte betreffen, die im Zeitraum ab dem 1.1.2009 oder mit Leistungsbefehl vor dem 1.1.2009, sofern die Vertragslaufzeit nicht vor dem 1.1.2009 geendet hat und noch Leistungen nach dem 1.1.2009 erbracht werden bzw. wurden. Durch den Bewerber / die Bewerbergemeinschaft sind folgende nach ihrer Art und ihrem Umfang vergleichbare Leistungen nachzuweisen. Für die geforderten Referenzleistungen ist das entsprechende Formblatt "Referenzen" beim Auftraggeber anzufordern, vgl. Ziffer VI.3 dieser Bekanntmachung. Diesen den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft müssen Referenzen zum Nachweis der Erbringung von vergleichbaren Leistungen bei der Vergabestelle eingereicht werden.

1.1. Referenzen mit einer Leistungserbringung ab dem 1.1.2009

Leistungsart: Schneeräumung auf:

- Straßen/Fahrbahn und Plätzen

Leistungsumfang: 100.000 m² und größer pro Jahr;

- Parkflächen/Stellplätze

Leistungsumfang: 2.000 m² und größer pro Jahr;

1.2. Referenzen mit einer Leistungserbringung ab dem 1.1.2009

Leistungsart: Streu- und Eisungsmaßnahmen auf

- Straßen/Fahrbahn und Plätzen

Leistungsumfang: 100.000 m² und größer pro Jahr;

- Parkflächen/Stellplätze

Leistungsumfang: 2.000 m² und größer pro Jahr;

2. Teilnahmeanträge können nur berücksichtigt werden, wenn mindestens zwei Referenzen eingereicht werden, die die unter III.2.3. Punkt 2) 2.1 und 2.2 aufgeführten Mindestanforderungen erfüllen;

In der/den ehrgereichten Referenzen müssen mindestens je eine der zwei (2) folgenden Leistungsarten nachgewiesen werden:

2.1. eine Referenz mit einer Leistungserbringung ab dem 1.1.2009

Leistungsart: Schneeräumung auf Straßen und Plätzen;

Leistungsumfang: 35.000 m² und größer pro Jahr;

Mindestlaufzeit von 5 Monaten bzw. für eine gesamte Wintersaison.

2.2. eine Referenz mit einer Leistungserbringung ab dem 1.1.2009

Leistungsart: Streu- und Eisungsmaßnahmen auf Straßen und Plätzen;

Leistungsumfang: 35.000 m² und größer pro Jahr;

Mindestlaufzeit von 5 Monaten bzw. für eine gesamte Wintersaison.

Bei der Ermittlung der geforderten Mindestflächen ist zu berücksichtigen, dass die m²-Flächen der in der Referenz genannten Objektes maßgeblich sind und eine Multiplizierung der Flächen bei einer mehrfachen Reinigung der in der Referenz benannten m²-Flächen pro Kalenderjahr zum Nachweis der Erfüllung der geforderten Mindestanforderungen nicht vorgenommen werden darf.

3. Die Darstellung aller Referenzen (gemäß Pkt. 1.1 bis 1.2) sollte in Tabellenform mit folgendem Inhalt erfolgen:

12/06/2013 S112

<http://ted.europa.eu/TEO>

Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag -

Auftragsbekanntmachung - Verhandlungsverfahren

Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union

6/13

Die Bewerberinnen und Bewerber sind verpflichtet, die Angaben in den Bewerbungsunterlagen wahrheitsgemäß zu machen und zu bestätigen. Die Angaben sind für die Dauer der Bewerbung gültig. Die Angaben sind für die Dauer der Bewerbung gültig. Die Angaben sind für die Dauer der Bewerbung gültig.

- Bezeichnung der Bewerberin/Bewerbers
- Zeitraum der Leistungserbringung
- Angaben zu den erbrachten Leistungen wie folgt:
 - für die Referenzen nach Ziffer III.2.3), Punkt 1.1.4. u. a. zur Leistungsart und zur konkreten Leistungsurfang
 - für die Referenzen nach Ziffer III.2.3), Punkt 1.2 u. a. zur Leistungsart und zum konkreten Leistungsurfang
- Angabe des Ortes der erbrachten Leistungen
- Angabe, ob die Leistung als vollständige Eigenleistung mit Nachunternehmer/Unternehmen oder in Kooperation mit anderen Firmen erbracht wurde sowie ggf. Angabe des Eigenleistungsfraums sowie Beteiligung der vom Bewerber selbst erbrachten Leistungen.

- Art und Umfang der in den jeweiligen aufgeführten Referenzen eingesetzten Fahrzeugtechnik, die zur Erbringung der Leistungen notwendig waren (Angabe des Herstellers, Typs, Baujahr, zugelassenem Gesamtgewicht, Erstzulassungsdatum, Anbaugeräten und Einsatzzweck der jeweiligen Maschine bzw. Fahrzeug) (Formular 5).

Es werden grundsätzlich nur Referenzen der Bewerber bzw. der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft berücksichtigt. Sofern der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft zur Erfüllung der Referenzen gem. Ziffer 1.1 und/ oder Ziffer 1.2 auf Angaben von Dritten/ Nachunternehmern/ konzernverbundenen Unternehmen verweisen will, sind die Nachweise/Erklärungen nach Ziffer III.2.1 sowie III.2.3 Punkt 2 auch für den Dritten/ Nachunternehmer/konzernverbundenen Unternehmen vorzulegen. Referenzen von Dritten/ Nachunternehmern/ konzernverbundenen Unternehmen werden nur dann berücksichtigt, wenn eine Erklärung des Dritten/ Nachunternehmer/ konzernverbundenen Unternehmens vorliegt, wonach dieser bereit ist, Leistungen, auf die sich die nachgewiesenen

Referenzen beziehen, für dieses Projekt zu erbringen (Verpflichtungserklärung). Die entsprechende Formblätter "Verpflichtungserklärung" (Formular 3) können beim Auftraggeber angefordert werden, vgl. Ziffer VI.3) dieser Bekanntmachung.

4. Beschreibung der personellen und technischen Ausstattung für die zu erbringenden Leistungen:

4.1 Personelle Ausstattung und Leistungsfähigkeit:

4.1.1 Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren (2009, 2010 und 2011). Aus Sicht der Vergabestelle kann ein Bewerber die ausgeschriebene Leistung hinsichtlich der Anzahl der Beschäftigten erfüllen, wenn er mindestens durchschnittlich 10 für die zu vergebende Leistung (vgl. Ziffer II.1.5.) qualifizierte Mitarbeiterinnen (gemäß III.1.4. a.)-c.) der Bekanntmachung) in den letzten 3 Kalenderjahren, beschäftigt hat. Teilnahmeanträge können nur berücksichtigt werden, wenn der Bewerber/ Bewerbergemeinschaft den Nachweis erbringt, dass sie über durchschnittlich mindestens durchschnittlich 10 für die zu vergebende Leistung (vgl. Ziffer II.1.5.) qualifizierte Mitarbeiterinnen (gemäß III.1.4. a.)-c.) der Bekanntmachung) in den letzten 3 Kalenderjahren, beschäftigt hat. (Mindestanforderung).

4.1.2 Angaben zur beruflichen Qualifikation und zu Referenzen des für die Leistung und die Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen vorgesehenen Personals.

4.2 Angaben über die dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft für die Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen zur Verfügung stehende technische Ausrüstung, unter Angabe des Herstellers, Typs, Baujahr, zugelassenem Gesamtgewicht, Erstzulassungsdatum, Anbaugeräten und Einsatzzweck der jeweiligen Maschine bzw. Fahrzeug, wie z.B. Teilnahmeanträge können nur berücksichtigt werden, wenn der Bewerber

4.3 Angaben über Qualitätsicherung, Qualitäts- und Risikomanagement: ggf. Zertifizierung (in Kopie).

Auf Ziff. IV.3) dieser Bekanntmachung wird verwiesen. Die Beschreibung zur personellen und technischen Ausstattung muss sich grundsätzlich auf den Bewerber oder im Falle des Vorliegens einer Bewerbergemeinschaft auf die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft beziehen. Sofern auf Ressourcen Dritter/Nachunternehmer/konzernverbundene Unternehmen zur Verfügbarmachung zu sein, sind die Nachweise Erläuterungen nach Ziffer III.2.1 auch für den Dritten, Sachunternehmer/konzernverbundene Unternehmen vorzulegen und es ist eine Bestätigung des Dritten, Sachunternehmer/konzernverbundene Unternehmen vorzulegen, wonach dieser bereit ist, Leistungen und/oder Ressourcen für dieses Projekt zu erbringen bzw. bereitzustellen.

(Verpflichtungserklärung). Die entsprechende Formblatter "Verpflichtungserklärung" (Formular 3) können beim Auftraggeber angefordert werden. Vgl. Ziffer IV.3) dieser Bekanntmachung.

Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Für die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die

Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: nein

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren): nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien

Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim Auftraggeber:

EA-2013-065

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags

nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen

Schlussmein für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: ..

12/06/2013 S112

<http://ted.europa.eu/TEd>

Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag -

Auftragsbekanntmachung - Verhandlungsverfahren

Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union

8/13

Seit dem 1. April 2013 ist die Vergabe von Aufträgen für die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen durch die öffentlichen Auftraggeber in der EU geregelt durch die Richtlinie 2014/24/EU.

5.3.5) Sprach(en) der Ausschreibung: Deutsch, der Teilnahmeantrag muss in deutscher Sprache eingereicht werden.

5.3.6) Bundesland des Auftrags:

5.3.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Abschnitt VI: Weitere Angaben:

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag.

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

A. Der Auftraggeber betreibt einen Flughafen und ist daher auf dem Gebiet des Verkehrs tätig. Der Auftraggeber fährt als Sektorauftraggeberin gem. § 98 Nr. 4 GWB ein Verwaltungsverfahren nach der SektVO durch, wobei es sich hierbei um eine um Dienstleistungen im Sinne des Anhangs 1 Teil A der SektVO handelt.

B. Das Verfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung geführt (vgl. Ziff. IV.1.1). Durch diese Bekanntmachung wird der Teilnahmebewerb begonnen, in dem sich die interessierten Unternehmen mit den in dieser Bekanntmachung angegebenen Angaben, Erklärungen und Nachweisen um die Aufforderung zur Angebotsabgabe bewerben können. Erst Ihre erfolgreiche Bewerbung nach positiver Eignungsprüfung und Bewertung durch den Auftraggeber führt zur Versendung der Vergabeunterlagen.

C. Die Übermittlung von Bewerberfragen hat ausschließlich per E-Mail unter Angabe des Aktenzeichens (vgl. Ziffer IV.3.1.) an die E-Mail-Adresse einkauf@berlin-airport.de zu erfolgen. Die Fragen müssen bis spätestens 10 Kalendertage vor Schlusstermin der Bewerbung vorliegen. Der letzte Tag der Bewerbungsfrist wird bei der Berechnung der vorstehend aufgeführten 10 Tagessfrist nicht mit gezählt. Die Vergabestelle wird etwaige Informationen (u.a. die Formblätter "Verpflichtungserklärung", Teilnahmeantrag inkl. Bewerbergenehmigungserklärung (für Bietergemeinschaften), "Eigenerklärungen" und "Referenzen") und Beantwortung von Fragen von Bewerbern zum Teilnahmebewerb sowie sonstige Klarstellungen der Vergabestelle die das Ausschreibungsverfahren betreffen auf der folgenden Internetseite veröffentlichen: <https://secure.berlin-airport.de/vergabe-extern/>. Die Vergabestelle empfiehlt daher allen Bewerbern täglich den vorbenannten Link zum Abrufen von aktuellen Informationen und Klarstellungen der Vergabestelle sowie Antworten von Bewerberfragen zum Ausschreibungsverfahren zu nutzen.

D. Die Bewerber haben zu beachten, dass der Teilnahmeantrag unterzeichnet ist. Der Teilnahmeantrag ist entweder von allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft oder dem bevollmächtigten Vertreter zu unterzeichnen. Sofern ein bevollmächtigter Vertreter unterzeichnet, ist bzw. sind die Vollmachten der Mitglieder der Bietergemeinschaft beizufügen.

E. Die Teilnahmeanträge und deren Anlagen sind 3-fach in deutscher Sprache einzureichen. Den Teilnahmeanträgen sind außerdem elektronische Kopien aller im Original übermittelten Unterlagen auf einem geeigneten virengeprüften und virenfreien Datenträger beizulegen. Die elektronischen Kopien sind in einem nicht-bearbeitbaren Format (z.B. geschützte, jedoch druckbare Dateien) bereitzustellen. Mit der Abgabe des Teilnahmeantrags versichert der Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft, dass die inhere der elektronischen Kopien vollumfänglich und mit den eingereichten Originalen uneingeschränkt identisch sind. Sofern mit dem Original des Teilnahmeantrags weniger Unterlagen abgegeben wurden, als auf dem

Die Bekanntmachung ist in der Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen und ist in der Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen. Die Bekanntmachung ist in der Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen und ist in der Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen.

Die Bekanntmachung ist in der Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen und ist in der Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen. Die Bekanntmachung ist in der Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen und ist in der Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen.

Die Bekanntmachung ist in der Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen und ist in der Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen. Die Bekanntmachung ist in der Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen und ist in der Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen.

N. Der Bewerber wird darauf hingewiesen, dass alle mit dem Teilnahmeantrag eingereichten Angaben auch

gegenüber dem Teilnahmeantrag eingereicht werden müssen. Sofern sich im weiteren Verfahren Änderungen bei der Auftragsaufgabe ergeben, muss die Vergabestelle zu späterer Zeit ggf. erneut in eine ausgewählte Bewerber erfolgt nach Abschluss des Teilnehmerwettbewerb.

O. Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt und verbleiben im Besitz des Auftraggebers. Die in Ziffer II.3 enthaltenen Zeitangaben stehen unter dem Vorbehalt und Anpassung und Aktualisierung.

P. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Eltern der Inhalt der vorliegenden EU-weiten Veröffentlichung maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht wird und der Bekanntmachungstext in diesen zusätzlich Bekannmachungen nicht vollständig, unrichtig oder verändert wiedergegeben wird.

Q. Erläuterung zum Ablauf des Verhandlungsverfahrens:

Der Auftraggeber wird die ausgewählten Bewerber zeitgleich zur Abgabe des Angebots aufordern. Der Auftraggeber wird die Angebote zunächst in formeller Hinsicht prüfen. Der Auftraggeber wird die Angebote zwingend ausschließen, die die in der Aufforderung zur Angebotsabgabe ausdrücklich aufgeführten Mindestbedingungen nicht erfüllen, in allen anderen Fällen, in denen die folgenden Erklärungen, Angaben oder Unterlagen nicht, nicht ordnungsgemäß oder ausschließlich in digitaler Form dem Angebot beigefügt sind, behält sich der Auftraggeber den Ausschluss nach pflichtgemäßem Ermessen vor. Darüber hinaus behält sich der Auftraggeber vor, anstelle eines möglichen Ausschlusses unter Beachtung des vergaberrechtlichen Grundsatzes der Gleichbehandlung, fehlende Unterlagen nachzufordern oder eine Aufklärung über aufklärungsbedürftige Inhalte der Angebote, ggf. auch mehrfach, zu betreiben. Der Auftraggeber wird mit denjenigen Bietern Verhandlungen aufnehmen, deren Angebote für einen Vertragsschluss hinreichend aussichtsreich erscheinen. Dies bedeutet, dass nicht zwingend mit sämtlichen Bietern, die ein wertungsfähiges Angebot abgegeben haben, auch Vertragsverhandlungen durchgeführt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, während des Vergabeverfahrens die Anzahl der in der Wertung verbleibenden Bieter auf Grundlage der vorbenannten Zuschlagskriterien samt der Wichtung phasenweise zu verringern.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer des Landes Brandenburg
 Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107
 14473 Potsdam
 DEUTSCHLAND
 Telefon: +49 3318661617
 Fax: +49 3318661652

12/06/2013 S112
<http://ted.europa.eu/TEO>

Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag -
 Auftragsbekanntmachung - Verhandlungsverfahren
 Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union

11/13

§ 101 a Informations- und Warnpflicht
(1) Der Auftraggeber hat für den offenen Bieter, dessen Angebote nicht berücksichtigt werden zu sein, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der Vergabe sowie über die Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Abarbeitung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagserteilung an die betroffenen Bieter ergangen ist. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach den Sätzen 1 und 2 geschlossen werden. Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet,

verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.
(2) Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist."
§ 101b Unwirksamkeit

„(1) Ein Vertrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der Auftraggeber
1. gegen § 101a verstoßen hat oder
2. einen öffentlichen Auftrag unmittelbar an ein Unternehmen erteilt, ohne andere Unternehmen am Vergabeverfahren zu beteiligen und ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren nach Absatz 2 festgestellt worden ist.
(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.“
§ 107 Einleitung, Antrag:

- „(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 7 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.
- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit
1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,



VI.4.3) Stelle, die Auskunft über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung: 7.6.2013

12/06/2013 S112 Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag - 13/13
<http://ted.europa.eu/TEd> Auftragsbekanntmachung - Verhandlungsverfahren
 Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union